



Dieses Weihnachten wird anders sein

„Alle Jahre wieder ...“ – so beginnt ein bekanntes Weihnachtslied. Doch dieses Mal ist Weihnachten nicht wie in den zurückliegenden Jahren. Unser Alltag ist von der Pandemie geprägt. Vorsicht und Rücksichtnahme sind geboten, vorweihnachtliche Traditionen eingeschränkt oder in vielen Fällen gar nicht möglich.

Lichter und geschmückte Wohnungen, Straßen und Plätze könnten auch unter den jetzigen Bedingungen dazu beitragen, dass wir uns auf diese sowohl hektische als auch stille Zeit im Jahr einlassen. Nachdenken würde eigentlich allen Menschen gut tun; wie bewältige ich die Zeit jetzt, und wie will ich mein Leben nach der Pandemie gestalten!

Leider ist es erschreckend, wie sich nicht geringe Teile der Bevölkerung zunehmend radikalisieren und wissenschaftliche Analysen und Expertisen einfach ignorieren. Die überzogenen, von Egoismus und Demokratiefindlichkeit gekennzeichneten Verhaltensweisen dieser sogenannten „Querdenker“ und „Corona-Leugner“ sowie Gesetze ignorierende Nationalpopulisten und offen Rechtsextreme sind vollkommen inakzeptabel. Ebenso unangemessen ist die Verharmlosung durch deutsche Gerichte, Medien und bestimmte Politiker.

Es muss mit großer Sorge erfüllen, wenn Demonstranten das jetzige Infektionsschutzgesetz mit dem Ermächtigungsgesetz von 1933 vergleichen und junge Rednerinnen auf „Querdenker“-Demos sich mit Sophie Scholl und Anne Frank gleichstellen.

Die Querdenker-Bewegung gewinnt leider auch erheblichen Einfluss in Brandenburg. Nach einer von Infratest dimap im Auftrag des RBB durchgeführten aktuellen Umfrage nimmt die Ablehnung der Corona-Politik von Bund und Ländern generell rapid zu: 18% der Brandenburger halten die getroffenen Maßnahmen für übertrieben, doppelt so viele wie bei der letzten Umfrage im April.

Aus dem Inhalt:

Dieses Weihnachten wird anders sein	S.1
Einkommenseinbußen durch Corona	S.2
Die LINKE in Schwedt	S.3
Vorgestellt: Isabelle Czok-Alm	S.4
Belarus: Keine Entspannung ...	S.5
Engels 200	S.6
Pflegelöhne und Versprechungen	S.7
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.8

Die Linke hat eine differenzierte Kritik an der Corona-Politik und fordert eine solidarische, demokratische Antwort. Statistisch ist nachweisbar, dass Corona die Armen, besonders die Menschen am Ende der unteren Einkommensskala, noch ärmer macht, Milliardäre dagegen mit Steuergeldern gerettet werden. Die Hilfen werden ungerecht verteilt. Diese Politik spaltet das Land weiter.

Die Krise ist bei vielen Menschen mittlerweile angekommen. Die Unsicherheit über die eigene ökonomische Existenz, die medizinische Versorgung und die sich häufig veränderten Ver-

ordnungen sind groß. In Kritik steht der wirtschaftsfokussierte und technokratische Umgang der Regierung mit der Krise.

Wie immer wir aus der Pandemie herauskommen, wir werden uns nicht mehr mit der gleichen Unbeschwertheit begegnen. Corona hat uns Vorsicht und Distanz eingeübt. Das lässt sich nicht einfach abschütteln.

Behalten wir uns aber unbedingt unsere Mitmenschlichkeit, Empathie und Solidarität als wichtige Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben. Der Wunsch nach Frieden soll nicht nur zur Weihnachtszeit und für das neue Jahr einen hervorgehobenen Wert haben.

Und was auch immer das nächste Jahr bereithalten wird: hoffentlich Frieden, Gesundheit und viel Gutes für jeden Einzelnen und für uns als Gesellschaft.

Monika Gohl

Einkommenseinbußen durch Corona

Wer Einkommen verliert, hat weniger Vertrauen ins politische System

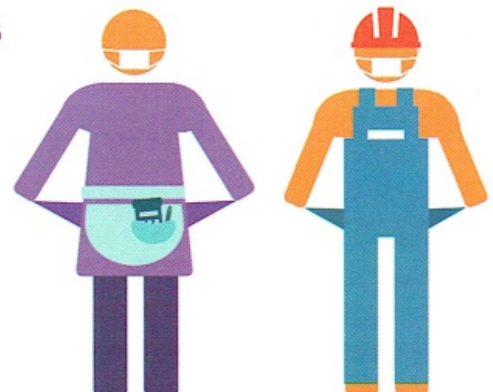
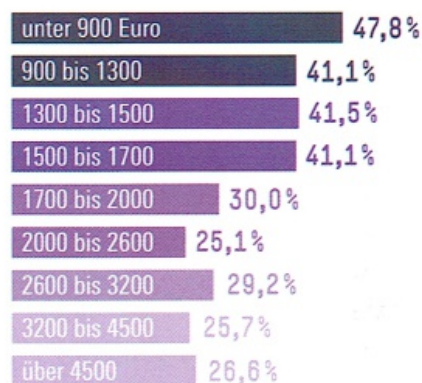
"Von Einkommensverlusten infolge der Coronakrise sind überdurchschnittlich oft Menschen betroffen, die schon zuvor eine schwächere Position auf dem Arbeitsmarkt hatten. Das zeigt eine neue Studie, für die WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch und HBS-Experte Andreas Hövermann Daten der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung ausgewertet haben. An der Befragung im April und Juni 2020 haben mehr als 6.000 Personen teilgenommen.

Insgesamt gaben rund 32 Prozent der Befragten an, im April oder im Juni 2020 Einkommen durch die Pandemie eingebüßt zu haben. Erwerbstätige mit Migrationshintergrund waren stärker betroffen: Selbst wenn man Faktoren wie das Bildungsniveau oder die Branche herausrechnet, akm es bei ihnen öfter zu Einkommensverlusten. Eltern mussten im Vergleich zu Kinderlosen häufiger Einbußen verkraften. In der unteren Einkommensgruppe mit maximal 900 Euro netto waren fast 48 Prozent betroffen, während es in der obersten Gruppe mit mehr al 4.500 Euro netto knapp 27 Prozent waren. Auch Befragte in Leiharbeit oder Minijobs berichteten häufiger von einem Minus. Hingegen fiel das Risiko bei unbefristeter Beschäftigung oder in Unternehmen mit Tarifvertrag und Betriebsrat niedriger aus.

Befragte, die Einkommen verloren haben, sehen auch größere Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gehaltseinbußen sowie die Wahrnehmung einer ungleichen Verteilung der Lasten könnten gesamtgesellschaftlich destabilisierend wirken, warnen Kohlrausch und Hövermann. Vor diesem Hintergrund sei es zentral, bei weiteren Maßnahmen zur Krisenbewältigung auch die Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit im Blick zu haben."

Coronakrise: Geringverdiener besonders betroffen

Einkommen infolge der Corona-Pandemie eingebüßt hatten im Juni 2020 von den Erwerbstätigen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von ...



Die LINKE in Schwedt

Pogromgedenken gegen das Vergessen auch im Corona-Jahr

Auch in diesem Jahr wurde in Schwedt am 9. November an die Opfer der Reichspogromnacht 1938 erinnert. Nach der Andacht in der evangelischen Kirche begann ein längerer Schweigemarsch, vorbei an Stolpersteinen und am Tor der ehemaligen Synagoge in der Louis-Harlan-Straße. Hier an der Gedenktafel hatten wir als LINKE schon vorher ein Blumengebinde mit roten Nelken niedergelegt. Der Weg der zirka 50 Teilnehmer endete am Haus Polderblick. Hier sprach Dietrich Klein bewegende Worte zur Erinnerung, zum Gedenken und zur Mahnung. Wir brauchen Mut, Engagement und Zivilcourage, wenn europaweit extreme Rechte erstarben und menschenverachtende Ideologien und Gewalttaten weiter zunehmen.



Zum Abschluss wurden an den Stolpersteinen, die an die jüdische Familie Seelig erinnern, Blumen niedergelegt und Kerzen aufgestellt. Schwedter Bürger haben an diesem Tag wieder öffentlich gezeigt, dass sie für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz eintreten. Es war gut, dass das Gedenken trotz Corona stattgefunden hat.

Detlef Klemer

Kommunalpolitik

Am 2.12. erhielt die Fraktionsvorsitzende Bärbel Ramm folgende E-Mail vom TSV Blau-Weiß Schwedt:

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: TSV Blau-Weiß Schwedt <tsv-blauweiss65sdt@swschwedt.de>

Gesendet: Mittwoch, 2. Dezember 2020 12:14

An: baerbel.ramm@swschwedt.de

Betreff: Stadtverordnetenversammlung

Sehr geehrte Frau Ramm,

bezugnehmend auf den heutigen Zeitungsartikel, möchte ich im Namen unseres Vereines und unserer Sportler Danke sagen, für die Einbringung des Antrages auf Erhöhung der Grundförderung im Sport.

Durch Ihren Antrag ist es gelungen, die Grundförderung im Sport erheblich zu erhöhen. Ein Dankeschön an alle Stadtverordneten, die für diesen Antrag gestimmt haben.

Vielen Dank dafür!!

Neuer Fraktionsraum

Unser neuer Fraktionsraum im 1. OG Raum 207 ist fertig und arbeitsbereit. Danke an alle Mitstreiter, die beim Umzug und vor allem beim Materialsichten/-sortieren geholfen haben. Die Fraktion ist weiterhin erreichbar unter der Telefonnummer der Geschäftsstelle 31928. Allerdings ist die Geschäftsstelle auf Grund der Corona-Beschränkungen z. Z. nur stundenweise besetzt.

Irmtraut Giel

Unsere Kandidatin zur Bundestagswahl: Isabelle Czok-Alm

Mein Name ist Isabelle Czok-Alm. Ich wurde 1973 im Erzgebirge geboren, wo ich auch meine Kindheit verbrachte. Ich wuchs mit Landwirtschaft auf und lernte Pferdewirtin. Nach einem Zwischenstopp in Berlin lebte ich 20 Jahre in Mecklenburg-Vorpommern in einem kleinen Dorf am nördlichen Rand der Uckermark. Hier zog ich meine beiden Söhne groß, absolvierte die Ausbildung zur Erzieherin an der Fachschule für Sozialpädagogik Neubrandenburg und arbeitete in der Kinder- und Jugendhilfe mit Schwerpunkt Kinder mit seelischen Beeinträchtigungen und als Reittherapeutin. Ich half den Kindern und ihren Eltern Wege für ein Leben in, statt außerhalb der Gesellschaft zu finden.



Bild: Copyright Jossi Rücker

Als im September 2001 die USA den Krieg in Afghanistan anzettelten wurde ich Mitglied der Linken aufgrund der klaren Antikriegshaltung meiner Partei. Ich war Mitglied im Landesausschuss und in der LAG Nachhaltige Entwicklung. Außerdem war ich in antifaschistischen Netzwerken aktiv und in der Bürgerinitiative „Pro Landleben Brohmer Berge“ in Klein Daberkow, die sich gegen den Bau einer riesigen industriellen Hähnchenmastanlage wehrte und für artgerechte Bedingungen in der Tierhaltung und eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume und der Landwirtschaft einsetzte. Beides beeinflusste mein Wirken innerhalb der Linkspartei in Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 2012 erfolgten wiederholt Angriffe auf unseren Hof in Groß Daberkow. Die Polizei ging von politischer Motivation aus, ein Täter konnte nicht ermittelt werden. Aus Sorge um die Familie zogen wir in den Barnim um und uns aus dem öffentlichen politischen Leben zurück. Seit 2016 arbeite ich als Erzieherin an einer sonderpädagogischen Schule mit Förderschwerpunkt soziale/emotionale Entwicklung. Seit 2015 bin ich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe aktiv.

2018 trat ich wieder in DIE LINKE ein und bin aktiv im Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit. Die derzeitige gesellschaftliche Entwicklung erfordert mehr denn je politisches Engagement, und ich wollte dem Rechtsruck in der Gesellschaft nicht schweigend zusehen. Auch bin ich Mitglied im VVN BdA e.V. Seit Mai 2019 bin ich Ortsbeirätin in Klosterfelde und Gemeindevertreterin in Wandlitz.

Im Januar 2020 wurde ich zur Kreisvorsitzenden Der LINKEN Kreisverband Barnim gewählt. Aufgrund meiner beruflichen und persönlichen Erfahrung setze ich mich für Teilhabe in allen Lebensbereichen ein. Das betrifft Kinder, Familien und alle Menschen, deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beeinträchtigt ist. JEDER Mensch hat ein Recht auf Chancengerechtigkeit, unabhängig vom sozialen Status, Beeinträchtigung, Wohnort oder Herkunft. Der Vorteil eines Einzelnen darf nicht zum Nachteil eines Anderen werden. Deshalb müssen wir die einzelnen Bedarfe betrachten bei der Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit, Armut, Benachteiligung von Kindern, Jugendlichen, Familien, alten Menschen, von Menschen, die von Behinderung betroffen sind oder deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aus anderen Gründen eingeschränkt ist. Auch die Arbeitsbedingungen der in diesen Bereichen tätigen Menschen müssen verbessert werden, um die Qualität der Arbeit sicherzustellen und nicht zuletzt, um deren Gesundheit zu erhalten und die Lebensqualität zu verbessern. Dabei ist die Einbeziehung der Betroffenen unerlässlich.

Ein weiteres Thema sind die Fragen einer nachhaltigen Entwicklung insbesondere auch der ländlichen Räume. Als ehemalige Inhaberin eines Unternehmens im Bereich tiergestützte Therapie und artgerechte Tierhaltung und meines Lebens in einem kleinen Dorf in einer strukturschwachen Region in Mecklenburg-Vorpommern bin ich eng vertraut mit den Herausforderungen, die insbesondere in den ländlichen Regionen stehen. Eine nachhaltige, tiergerechte und sozial ausgerichtete Entwicklung in der Landwirtschaft liegt mir am Herzen.

Soziale Gerechtigkeit wird es nicht geben, wenn wir weiter an dem Ast sägen, auf dem wir sitzen. Die regionalen und globalen Auswirkungen industrieller Großproduktion in der Landwirtschaft – bis hin zur Entstehung von Fluchtursachen – sind ein Grund mehr, sich hier stark zu machen. Die Natur ist unser Schatz, und ich möchte helfen, diesen zu erhalten.

Und schließlich bewegt mich noch ein Thema besonders. Der Aufstieg der AFD ist Ausdruck dafür, wie sich die politischen Strukturen in unserem Land verschoben haben. Es fällt mir schwer zu ertragen, wie derzeit in unserer Gesellschaft faschistische und rassistische Ideen salonfähig gemacht werden. Dieser Verschiebung nach rechts müssen wir Einhalt gebieten, und sie war unter anderem der Grund, warum ich wieder in Die Linke eintrat. Hier reicht es jedoch nicht seinen Unmut darüber auf der Straße kundzutun, auch wenn das ganz sicher ein wichtiger Aspekt ist. Wir müssen uns dieser Entwicklung täglich entgegenstellen: im Alltag, im Beruf, bei Behörden und in unseren Parlamenten. Und wir müssen das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen, tragfähige Lösungen bieten und ihre Bedürfnisse und Sorgen in den Mittelpunkt stellen. Außerdem ist Aufklärung wichtig: Was heißt das, was der da sagt? Was meinen die konkret damit? Was bedeutet es für mich als Bürgerin und welche Auswirkungen wird es auf mein Leben und das Leben anderer Menschen haben?

Zusammengefasst bewegt mich die Frage: In welchem Land wollen wir leben? Ich möchte in einem Land leben, in dem wir solidarisch, mitmenschlich, respektvoll, achtsam und herzlich miteinander umgehen. Ein Land, in dem die Menschen von ihrer Arbeit gut leben können und dann auch im Alter gut versorgt und abgesichert sind, in dem sie arbeiten, um zu leben und nicht leben, um zu arbeiten. Kein Mensch sollte gezwungen sein, von „Sozialleistungen“ leben zu müssen, die zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig sind. Gesundheit und Fürsorge dürfen keine Ware und müssen für alle erschwinglich sein. Und ich möchte in einem Land leben, in dem Faschismus, Rassismus und alle anderen Form der Diskriminierung keine Chance haben.

Isabelle Czok-Alm

Belarus: Keine Entspannung in Sicht

Helmut Scholz, Mitglied der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zwischen der EU und Belarus, kommentiert die heutige Aussprache im Europäischen Parlament zu den anhaltenden

Verstößen gegen die Menschenrechte, insbesondere die Ermordung von Raman Bandarenka:

„Seit den Wahlen versucht Lukaschenko mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben. Es vergeht kein Tag ohne brutale Vergeltungsmaßnahmen gegen alle, die das nicht länger hinnehmen wollen. Raman Bandarenka hat dies nicht überlebt und starb an seinen Verletzungen. Seiner Familie und Freund*innen gehört meine aufrichtige Anteilnahme. Ebenso wie den Tausenden willkürlich und unrechtmäßig Inhaftierten, unter ihnen auch Mitstreiter*innen der Mitgliedspartei der Europäischen Linken - ‚Gerechte Welt‘ -, Journalist*innen und Gewerkschafter*innen. Ihnen gehört unsere uneingeschränkte Solidarität und Hochachtung für ihr Einstehen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.“

Scholz weiter: „Viele der friedlich Demonstrierenden, allen voran die vielen mutigen Frauen, mögen unterschiedliche Vorstellungen über das künftige Antlitz ihrer unabhängigen, souveränen Heimat zwischen der EU und der Russischen Föderation haben. Aber sie eint die auf den Straßen gewonnene Erkenntnis, dass Belarus ohne freie Meinungsäußerung und Teilhabe aller Bürger*innen an politischen Entscheidungen keine Zukunft haben wird.“

Scholz abschließend: „Lukaschenko muss endlich einsehen, dass sein Volk ihn nicht gewählt hat. Wir brauchen dringend eine friedliche und demokratische Lösung der gegenwärtigen Krise durch freie und faire Neuwahlen sowie einen integrativen nationalen Dialog.“

Helmut Scholz, 26.11.2020

Engels 200



Typisch: Marx im Vordergrund und Engels dahinter

Im Jahre 1868 hatten die Töchter von Karl Marx, einer Mode jener Zeit entsprechend, einen Fragebogen entwickelt, dessen Beantwortung Auskunft über Ansichten und Absichten geben sollte. Marx und sein bester Freund, Friedrich Engels, hatten jeweils ein Exemplar erhalten und waren nun damit befasst, die Fragen mit großer Gewissenhaftigkeit zu beantworten. Eine der Fragen, die mit wenigen Worten beantwortet werden sollten, lautete:

»Wie ist Ihre Auffassung vom Glück?« Marx dachte lange nach und schrieb dann: »Zu kämpfen.« »Papperlapapp«, war die Reaktion von Engels. Er notierte auf seinem Fragebogen: »Ein Chateau Margaux 1848« und bekundete damit seine Begeisterung für einen französischen Spitzenwein. Kein Zweifel, Friedrich Engels, der am 28. November 1820, also vor genau 200 Jahren, in Barmen, heute ein Teil von Wuppertal, geboren wurde, war ein Mensch, der es verstand, das Leben zu genießen. Und seine Herkunft aus einer wohlhabenden Familie und seine eigene erfolgreiche Tätigkeit als Unternehmer gaben ihm dazu auch die notwendigen finanziellen Mittel. Doch vor allem war Friedrich Engels ein Mensch, der sich seiner sozialen Verantwortung bewusst war, der das Elend sah und verabscheute, das die kapitalistischen Verhältnisse hervorbrachten.

Ohne Engels kein "Kapital"

So verwundert es kaum, dass eines seiner berühmtesten Bücher, das im Jahr 1845 erstmals erschien, der »Lage der arbeitenden Klasse in England« gewidmet war. Im selben Jahr war die erste Schrift erschienen, die er gemeinsam mit Karl Marx verfasst hatte: »Die heilige Familie«, eine ätzende Kritik an den philosophischen Positionen der Brüder Bauer, vor allem aber eine Darlegung von frühen Gedanken zu einer materialistischen Dialektik. Im Februar 1848 wurde das wohl berühmteste Ergebnis ihrer gemeinsamen Arbeit der bis heute interessierten Öffentlichkeit übergeben: Das »Manifest der Kommunistischen Partei«, das inzwischen in mehr als hundert Sprachen übersetzt wurde und das nach wie vor in aller Welt gelesen wird.

Marx und Engels hatten sich erstmals im November 1842 in den Redaktionsräumen der »Rheinischen Zeitung« in Köln getroffen. Den Entschluss, künftig eng zusammenzuarbeiten, fassten sie im August 1844 bei einer erneuten Begegnung, diesmal in Paris, der ein intensiver gedanklicher Austausch per Brief vorangegangen war. Aus dieser Zusammenarbeit wurde im Verlauf der folgenden Jahre und Jahrzehnte eine legendäre Freundschaft, eine fast symbiotische Beziehung, ohne die insbesondere Marx nicht in der Lage gewesen wäre, sein großes Werk zu vollbringen.

Häufig wird beim Blick auf diese besondere Beziehung zwischen Karl Marx und Friedrich Engels übersehen, dass auch Engels ein eigenständiger großer Denker und schöpferischer Mensch war. Lange vor Marx hatte er damit begonnen, sich mit den bestehenden Theorien über das Funktionieren der kapitalistischen Gesellschaft zu befassen, und in einer eigenen Schrift erste »Umriss« zu einer Kritik der Nationalökonomie« niedergelegt. Erst durch die Anregungen von Engels begann Marx mit der jahrzehntelangen Arbeit an seinem großen Werk »Das Kapital«. Und es war Engels, der nach dem Tod von Marx dafür Sorge trug, dass aus einer Vielzahl von unfertigen Manuskripten, knappen Notizen und Exzerpten aus Arbeiten Dritter der zweite und der dritte Band des »Kapitals« entstanden.

Spitzname "General"

Und nicht nur das: Friedrich Engels, der sich auf diese Weise den Spitznamen »General« verdiente, verfasste zahlreiche militärpolitische Schriften. Viele seiner philosophischen und geschichtsphilosophischen Arbeiten – »Dialektik der Natur«, »Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats«, »Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie«, um nur einige wenige Beispiele zu nennen – sind bis heute weit über den Kreis der Marx-Engels-Forscher bekannt.

Nach dem Tod von Marx im März 1883 griff Engels verstärkt in die »Tagespolitik« der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Europa ein. Im Jahre 1891 hatte er großen persönlichen Anteil daran, dass das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie ein »marxistisches« Programm wurde, obwohl er – genau wie Marx selbst – den Begriff »Marxismus« ablehnte.

Friedrich Engels starb am 5. August 1895 in London, wenige Monate vor seinem 75. Geburtstag. Anders als sein Freund Karl Marx, der auf dem Londoner Highgate-Friedhof beigesetzt wurde, hat Friedrich Engels kein Grab. Die Urne mit seiner Asche wurde am 27. September 1895 in der Nähe der südenglischen Stadt Eastbourne fünf Seemeilen vor der Küste im Meer versenkt.

Ronald Friedmann
27.11.2020

Ronald Friedmann ist Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE.

Pflegelöhne:

Applaus der Bundesregierung war offensichtlich Heuchelei

Außer Stress nichts gewesen: Die Corona-Krise hat sich bei Pflegekräften in Krankenhäusern und Heimen kaum im Geldbeutel niedergeschlagen. Der Bruttostundenlohn stieg zwischen dem zweiten Quartal 2019 und dem zweiten Quartal 2020 für Vollzeitbeschäftigte in Krankenhäusern um 1,01 Euro und in Pflege- und Altenheimen nur um 86 Cent. Das geht aus Zahlen hervor, die die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag beim Statistischen Bundesamt abgefragt hat.

"Der Applaus der Bundesregierung im Frühjahr war offensichtlich Heuchelei", kommentiert Dietmar Bartsch. "Diese miese Lohnentwicklung ist nicht nur ungerecht, sondern auch ein Pandemiebekämpfungsversagen. Der Beruf wird dadurch nicht attraktiver", so der Fraktionsvorsitzende. Auch der Personalmangel, den es seit März in Kliniken und Heimen gebe, werde dadurch nicht beseitigt: "Für einen Euro mehr kommt keine Pflegekraft zurück in den Beruf."

Dietmar Bartsch, 02. Dezember 2020



Termine/Arbeitsplan Basisorganisation Schwedt zur Zeit ausgesetzt

Fraktion

16.02.2021 Fraktionssitzung
16.03.2021 Fraktionssitzung
17.03.2021 SVV Schwedt

17:00 Uhr Fraktionsraum 1.OG Raum 207
17:00 Uhr Fraktionsraum 1.OG Raum 207
16:00 Uhr ubs

Weihnachten und Jahresabschluss

Der Tannenwald ist nicht nur schön,
er stärkt auch das Immunsystem.
Und schon ein Baum im Domizil
gibt Weihnachten und Neujahr Stil.
Und mit der Maske im Gesicht
schmeckt der Festtagsbraten nicht.
In diesem Sinne genussvolle Weihnachtszeit,
voller Geborgenheit, besinnliche Stunden,
harmonische Feiertage und einen hoffungs-
vollen Start ins Neue Jahr 2021 wünscht die
Redaktion des KoppHoch.



Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

25.02.2021 Irmtraut Giel zum 70. Geburtstag



Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

15.01.2021	Berthold Jess	zum 89. Geburtstag
16.02.2021	Elfie Lutz	zum 68. Geburtstag
20.02.2021	Susanne Wienholz	zum 86. Geburtstag
26.02.2021	Rita Grünberg	zum 86. Geburtstag
27.02.2021	Kathrin Steguhn	zum 56. Geburtstag
05.03.2021	Gerd Kling	zum 83. Geburtstag
16.03.2021	Tess Itzenplitz Valente Ribeiro	zum 22. Geburtstag
28.03.2021	Herbert Splinter	zum 83. Geburtstag

KoppHoch erscheint aller zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 01-2021: 01.03.2021

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE
Basisorganisation Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M. Gohl, I. Giel, T. Andres

Gestaltung:

M.+I. Giel

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei
DIE LINKE Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

nach Bedarf bzw. Tel. 415810

Finanzen

Mo, 28.12.2020, 10 bis 12 Uhr
Mo, 04.01.2021, 10 bis 12 Uhr
Mo, 25.01.2021, 10 bis 12 Uhr
Mo, 01.02.2021, 10 bis 12 Uhr
Mo, 22.02.2021, 10 bis 12 Uhr
Mo, 01.03.2021, 10 bis 12 Uhr
Mo, 29.03.2021, 10 bis 12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE

Basisorganisation Schwedt/Oder
Auguststraße 2, 16303 Schwedt
e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de